

Kiews Schatten in D. C.

Die Biden-Regierung befeuert den Krieg in der Ukraine mit Waffenlieferungen. Zugleich plant der mit ihr verbundene Rüstungsprofiteur Blackrock ein Programm für den »Wiederaufbau«
Von Harald Projanski



Hunter Biden ließ sich wirtschaftlich lukrative Kontakte zu seinem Vater offenbar gut bezahlen. US-Präsident Joseph Biden wiederum ist engstens mit Blackrock verbandelt (Washington, 30.1.2010)

Es war eine besondere Begegnung, die der Präsident der Ukraine, Wolodimir Selenskij, am 5. Mai 2023 in seinem Amtssitz in Kiew arrangiert hatte. In dem imposanten Stalin-Bau in der Bankowa-Straße im Zentrum Kiews traf er sich mit wichtigen Vertretern des US-Finanzkapitals. Selenskij empfing eine Delegation des Finanzkonzerns Blackrock unter Leitung des früheren Schweizer Nationalbankchefs Philipp Hildebrand. Die ukrainische Präsidentenwebsite teilte mit, Selenskij habe auch den für globale Geschäfte zuständigen Leiter der Blackrock-Finanz- und Strategieinvestorengruppe, Charles Hatami, getroffen. Blackrock, geführt von dem US-Bürger Lawrence D. »Larry« Fink, ist der weltweit größte Vermögensverwalter. Das Unternehmen legt für seine Kunden neun Billionen Euro an, mehr als das Doppelte des Bruttosozialproduktes der BRD. Der jetzige CDU-Vorsitzende Friedrich Merz war von 2016 bis 2020 Aufsichtsratsvorsitzender für Blackrock in Deutschland.

Bombengeschäfte

Blackrock verdient an Rüstung und Krieg. Das Finanzunternehmen gehört zu den größten Anteilseignern des US-amerikanischen Rüstungskonzerns Raytheon. Der Konzern, einer der bedeutendsten Betriebe der US-Kriegswirtschaft, produziert unter anderem das Flugabwehrsystem »Patriot«, das derzeit in der Ukraine eingesetzt wird. Auch am Rüstungsunternehmen Lockheed Martin ist Blackrock als drittgrößter Investor beteiligt. Blackrock hält Anteile an Boeing, dessen Sparte Boeing Defense unter anderem Drohnen, Raketen und Kampfflieger herstellt. Mit großen

Kapitalanteilen ist Blackrock auch in anderen Rüstungsfirmen vertreten, bei Aerojet Rocketdyne, Booz Allen Hamilton und Huntington Ingalls Industries. Das Perfide im Konzept von Blackrock besteht darin, die Altersversorgung US-amerikanischer Bürger an Kriegsprofite zu koppeln. Blackrock bietet seine Anlagen auch als private Altersversorgung an, zusätzlich zur staatlichen Rente. Ukrainer und Russen fallen, die Aktienkurse steigen. So rollt der Rollator im Schlepptau von US-Panzern.

Dass gerade ein Kriegsprofiteur wie Blackrock Interesse für den Wiederaufbau der Ukraine zeigt, mag auf den ersten Blick absurd erscheinen. Doch gerade die Zerrüttung des Landes durch Krieg und Korruption bietet Blackrock langfristig profitable Perspektiven. Die Staatsverschuldung der Ukraine lag nach Angaben des Finanzministeriums in Kiew vom März bei 119,9 Milliarden US-Dollar. Das sind 78 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes. Damit ist das Land faktisch pleite. Dieser Ruin aber gibt Blackrock und anderen US-Investoren die Chance, Vermögenswerte des Staates günstig zu erwerben, von Agrarflächen bis zu Stromnetzen und der Eisenbahn.

Bei den Gesprächen zwischen Blackrock und der ukrainischen Führung sei es, so die Präsidentenadministration in Kiew, um »großangelegte Geschäftsprojekte in der Ukraine gegangen«. Bei dem Treffen habe der ukrainische Wirtschaftsminister eine Vereinbarung mit Blackrock unterzeichnet über die Unterstützung des ukrainischen Entwicklungsfonds. Der war von der ukrainischen Führung nach dem Beginn der militärischen Operation Russlands Ende Februar 2022 geschaffen worden.

Diese Körperschaft präsentiert sich auf ihrer Website nach wie vor als »karitative« Struktur, mit einer eindeutigen Ausrichtung auf die Unterstützung der ukrainischen Armee. »Computer für die Front« und die Lieferung von Notstromgeneratoren für die Streitkräfte gehörten zu den wesentlichen Projekten des Fonds. Beim Treffen mit Blackrock aber definierte Selenskij dessen Aufgabe anders. Er solle in Kooperation mit Blackrock »das Investitionsklima verbessern«. Schon die virtuose Wendung des Karitativen ins Kommerzielle durch Selenskij, nicht untypisch für die Praktiken der ukrainischen Elite, zeigt, dass der Fonds offensichtlich als vielseitig verwendbarer Wechselbalg gedacht ist. Jetzt will der Präsident der Ukraine mit Hilfe des Entwicklungsfonds »Investitionen in Energie, Landwirtschaft, Logistik, Infrastruktur, Medizin, IT und viele andere Bereiche« fördern. Welche Investoren bereit sind, Milliarden Euro oder US-Dollar in ein kriegführendes Land zu investieren, das rund ein Sechstel des von ihm beanspruchten Territoriums nicht mehr kontrolliert, bleibt zunächst ein Rätsel. Manche Finanzstrategen bleiben skeptisch. Tomas Fiala, Gründer der ukrainischen Investmentgesellschaft Dragon Capital, sagte laut *FAZ* vom 1. August, Blackrock und Goldman Sachs stünden »auf seiten der Ukraine«, würden aber zunächst den Kriegsausgang abwarten.

Morast von Korruption

Selenskij half sich beim Treffen mit Blackrock mit seiner Allzweckwaffe Rhetorik: »Wir haben gezeigt, dass wir auf dem Schlachtfeld gewinnen können. Eine andere Herausforderung für uns sind Siege in der Wirtschaft.« In verwandter Tonlage war auch Blackrock-Boss Fink bereits im Januar 2023 aufgetreten. Er versprach, westliche Investoren würden die Ukraine bald »überschwemmen«. Das Land könne »für den Rest der Welt ein Leuchtfeuer für die Kraft des Kapitalismus« werden.

Doch wie es wirklich um das vermeintliche Investitionsparadies Ukraine bestellt ist, konstatierte der britische *Economist* in seiner Ausgabe vom 24. Juni. Angesichts der Misserfolge der Gegenoffensive, so das britische Blatt, gebe es »ernüchternde Aussichten«. Selbst wenn es Gelände

zurückgewänne, könne das Land »versinken in einem Morast von Korruption, Armut und politischer Gewalt«. Schon bei den nächsten Wahlen riskiere die Ukraine »zurückzugleiten in die alte, korrupte Politik«. Hinzu komme, dass »viele ukrainische Männer« das Land verlassen würden, wenn die wegen der Kriegführung verhängten Reisebeschränkungen aufgehoben würden.

Dieses Urteil einer kapitalnahen Zeitschrift klingt für Investoren wenig motivierend. Und es wird gestützt von anderen westlichen Experten. So ist in Kiew als Berater für Korruptionsbekämpfung der frühere US-Diplomat James Wasserstrom tätig. Der mahnt in einem Post bei LinkedIn, die Ukraine brauche für den Umgang mit den Wiederaufbaumitteln »eine unabhängige äußere und innere Aufsicht«. Dies dürfe »nicht erst im nachhinein« geschehen »oder wie in Afghanistan, wenn die Anstrengungen in Flammen aufgehen«. Das Beispiel Afghanistan ist Wasserstrom vertraut. Denn er war von 2014 bis 2016 strategischer Berater und Leiter der Antikorruptionsabteilung des US-Spezialinspektors für den Wiederaufbau in Afghanistan. Wasserstroms Wortmeldungen spiegeln die Angst, das proamerikanische Regime in Kiew könnte untergehen wie das in Kabul. Er mahnt, die »internationale Gemeinschaft« (gemeint sind die USA und ihre Verbündeten) müsse »ihre Gefangennahme durch ruinöse Strukturen verhindern«, die »immer noch vorhanden« seien – ein Hilferuf aus dem Kiewer Korruptionssumpf.

Fuchs im Hühnerstall

Wasserstrom warnte im vergangenen Jahr auch vor einem Missbrauch der westlichen Militärhilfe. Auf die ukrainische Meldung, der Geheimdienst SBU überwache jetzt deren Verwendung, entgegnete der in Geheimdienstfragen versierte Diplomat, das sei »wie einen Fuchs in einen Hühnerstall zu setzen«. Dazu passt auch die Warnung der von der EU-Kommission finanzierten und vom Max-Planck-Institut betriebenen Website »eucrim.eu«, das »Hineinströmen ausländischer Hilfe« in die Ukraine könne »zu einer Explosion der Korruption auf allen Ebenen« führen.

Unter diesen Umständen ist jedes Investment für einen angeblichen »Wiederaufbau« in der Ukraine hochspekulativ und damit sehr riskant. Zögen Anleger etwa nach einer Staatspleite oder einer militärischen Niederlage Kiews massenhaft ihr Kapital ab, dann könnte Blackrock eine Börsenkrise verursachen. Um das zu vermeiden, bemüht sich die Führung des Unternehmens um maximal gute Beziehungen zur Administration des US-Präsidenten Joseph Biden.

Mit dessen Amtsantritt wechselten frühere leitende Blackrock-Manager in die Regierung: Brian Deese, Chef der Abteilung für nachhaltige Investitionen bei Blackrock, wurde Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates, des National Economic Council. Adewale »Wally« Adeyemo, bei Blackrock Chefberater für Makroökonomie und Geopolitik, avancierte zum stellvertretenden Finanzminister. Blackrock-Investitionsstrategie Michael Pyle stieg auf zum stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberater für Weltwirtschaft. In dieser Funktion ist er jetzt für die »Geberkoordination« für die Ukraine zuständig. Zu seinen regelmäßigen Gesprächspartnern in Kiew gehören dabei Premierminister Denis Schmigal, Finanzminister Sergij Martschenko und der Vizepremier für »Wiederaufbau« der Ukraine Olexander Kubrakow.

Als Chefstrategie bei Blackrock für die Einflussnahme auf die US-Regierung agiert Thomas E. Donilon, Vorsitzender des Blackrock Investment Institute. Donilon war 2010 bis 2013 Sicherheitsberater Barack Obamas, zuständig für die täglichen Sicherheitsbriefings des Präsidenten und dabei stets in Tuchfühlung mit dem Geheimdienst CIA. Dafür erhielt er den Director's Award der CIA. Eng verbunden ist Donilon auch seit langem mit Joseph Biden. Bereits 1987 organisierte Donilon dessen Wahlkampagne, als der sich erstmals um das Amt des US-Präsidenten bewarb, aber

schließlich seine Kandidatur zurückzog. Biden scheiterte an geschönten Angaben über seinen Bildungsweg und an Redeplagiaten. Es war ihm damals noch nicht gelungen, sein Talent zum Volksbetrug effektiver wirken zu lassen.

Donilon hatte bei Reden, die er für Biden schrieb, allzu auffällig bei John F. Kennedy abgekupfert. Dennoch blieb Donilon Biden verbunden. Donilons Ehefrau Catherine Russell war beratend für Biden und dessen Ehefrau Jill tätig. Und Donilons Bruder Mike diente dem Vizepräsidenten Biden als Berater. Das war die Zeit, in der Biden seine Kontakte in die Ukraine ausbaute.

Wenige Wochen nach dem Maidan-Umsturz vom Februar 2014 mahnte Biden in Kiew, die ukrainische Gesellschaft müsse den »Krebs« der »endemischen Korruption« bekämpfen. Wie wenig ernst das gemeint war, zeigte sich bald darauf im Mai 2014. Da gab der staatsnahe Energiekonzern Burisma bekannt, der Sohn des US-Vizepräsidenten, Hunter Biden, sei jetzt Mitglied des Direktorenrates des Unternehmens.

Die Burisma Holdings mit steuersparendem Sitz auf Zypern in der Hafenstadt Limassol diene vor allem der Bereicherung von Oligarchen und mit ihnen verbundenen korrupten Beamten. Das Unternehmen besaß Lizenzen zur Ausbeutung von Öl- und Schiefergasfeldern in der Ukraine. Die Holding war im Besitz des ukrainischen Oligarchen Mikola Slotschewskij, Exumweltminister und zeitweiliger Vize des Sicherheitsrates in Kiew. Joseph Bidens Sohn Hunter erhielt von Burisma zeitweilig bis zu 50.000 US-Dollar monatlich. Worin seine Leistung für das Unternehmen bestand, bleibt schleierhaft. Denn Hunter Biden ist Anwalt und hat weder eine Ausbildung als Ingenieur, noch berufliche Erfahrungen in der Energiebranche. Bezweifeln lässt sich zudem, ob Hunter Biden für den Job mental geeignet war. Denn wie er in seinem autobiographischen Buch »Meine wahre Geschichte« schreibt, war er seit 2015 abhängig von Crack.

Schutz vom Vizepräsidenten

Nachrichten aus einem Sumpf zwischen Koks und Korruption enthalten zahlreiche E-Mails von Hunter Biden, befindlich auf einem Laptop, der dem Biden-Sohn in einem Reparaturladen in Delaware abhanden kam. Dieses umfangreiche Material hat die australische Journalistin Miranda Devine, Autorin der Trump-nahen Zeitung *New York Post*, in ihrem Buch »Laptop from Hell« ausgewertet. Hunter Bidens Mails enthalten zahlreiche Hinweise darauf, dass der Sohn des damaligen Vizepräsidenten den Zugang zu seinem Vater zur Handelsware machte. So dankte Burisma-Geschäftsführer Wadim Poscharskij in einer Mail vom 17. April 2015 dem »lieben Hunter« dafür, »dass du mir die Gelegenheit gegeben hast, deinen Vater zu treffen und einige Zeit mit ihm zu verbringen«.

Die profitablen Geschäfte des Biden-Sohnes in der Ukraine sind derzeit Gegenstand einer Untersuchung eines für »Aufsicht« zuständigen Komitees des US-amerikanischen Repräsentantenhauses, die von deutschen Leitmedien beharrlich ignoriert wird.

Ausschussvorsitzender James Comer wirft Biden vor, er habe »das amerikanische Volk« belogen. Comer gelang es, einen Bericht des FBI aus dem Jahr 2020 zugänglich zu machen, der belegt, dass die Burisma-Spitze Hunter Biden ausschließlich dafür angeheuert hatte, um mit Hilfe von Vizepräsident Biden ihr Geschäft zu fördern. Der FBI-Bericht zitiert Burisma-Geschäftsführer Poscharskij mit den Worten, man beschäftige Hunter Biden, »um uns zu beschützen durch seinen Vater, vor allen Formen von Problemen«. Zugleich, so der FBI-Bericht, habe Poscharskij sich beklagt, dass Hunter Biden »nicht klug« sei, weshalb man »einen zusätzlichen Berater« brauche.

Hunter Biden – ein Nichtsnutz und Vizepräsidentensohn als Galionsfigur eines grenzüberschreitenden korrupten Staatskapitalismus, das sind Zwischenergebnisse der Untersuchung im US-Repräsentantenhaus, die ein grelles Licht darauf wirft, welche Art von »Demokratie« der Biden-Clan der Ukraine zgedacht hat.

Staatsmonopolistische Kontaktpflege im Dreieck zwischen Spekulationskapital, Rüstungsindustrie und US-Regierung, das ist das Lebenselixier jener vermeintlich liberalen »Demokratie« der Vereinigten Staaten, die es immer noch versteht, auch europäische Linke zu leimen und letztlich in ihr Fahrwasser zu ziehen.

Wie hilfreich gute Kontakte zur Administration für Blackrock waren, zeigte sich im Jahr 2008. Da arbeitete Donilon mit dem Finanzminister Timothy Geithner zusammen. Der war eine Schlüsselfigur der US-Finanzkrise. Geithner, zu dem Fink enge Kontakte unterhielt, rettete Blackrock vor den Auswirkungen der Krise. Im Krisenjahr 2008 ergoss sich über Blackrock ein »Wasserfall von Regierungsverträgen«, so das New Yorker Magazin *Vanity Fair* in einem Porträt Finks aus dem Jahr 2010. Geithner gab Blackrock den Zuschlag für die profitable Abwicklung »toxischer« Anlagen der Immobilienfonds Fannie Mae und Freddie Mac sowie der Citigroup.

Konkurrenten in der US-amerikanischen Finanzwelt argwöhnten laut *Vanity Fair*, dass Blackrock Staatsaufträge nicht im Zuge von Ausschreibungen erhielt. Das US-Magazin legte nahe, dass es vor allem die guten Kontakte zur Regierung waren, die es dem »lebenslangen Demokraten« Fink ermöglichten, von der Finanzkrise zu profitieren wie kein anderer. *Vanity Fair* zog ein Fazit, das zugleich viel über die Machtverhältnisse in der »Demokratie« der USA aussagt: »Wenn es heute eine amerikanische Oligarchie gibt, dann scheint es, dass Larry Fink der gute Oligarch sein will.« In diesem Kontext überrascht nicht, dass Fink rasch guten Kontakt zum Chef der mit Oligarchen verbandelten Kiewer Staatsmacht fand. Fink teilt mit Selenskij zudem die Fähigkeit zum Entertainment und zur Selbstinszenierung, die anderen, vergleichsweise etwas weniger erfolgreichen US-Finanzspekulanten fehlt.

Wie eng die Kontakte zwischen Blackrock und der US-Administration zur Zeit der Präsidentschaft Obamas und seines Vize Biden waren, zeigen dokumentierte Begegnungen der Konzernvertreter mit dem einflussreichen Stabschef Obamas, Rahm Emanuel. Zudem traf sich Blackrock-Boss Fink im Jahr 2014 dreimal mit Jeffrey Zients, dem Leiter von Obamas Nationalem Wirtschaftsrat.

Zum Einfluss von Blackrock auf die Regierung merkte die *Washington Post* im Januar 2021 an, selbst wenn Blackrock nicht unmittelbar seine Interessen über die Exmanager Deese und Adeyemo lobbyiere, »gibt doch die Wahrnehmung der Firma als gut verbunden mit dem Biden-Team ihr einen zusätzlichen Einfluss in kritischer Zeit«. Biden-Sprecherin Rosemary Boeglin wies den Verdacht der Nähe Bidens zu Blackrock empört zurück. Sie behauptete, die Biden-Regierung habe »die ethischsten Regeln für die Administration in der amerikanischen Geschichte« geschaffen. Das war eine Beteuerung, die in Stil und Wortwahl an Bekundungen von Selenskij erinnert. Der behauptete vor zwei Jahren in einem Interview für mehrere westliche Zeitungen, darunter die *Washington Post* und die *New York Times*, die Ukraine habe »in den letzten Jahren eine Antikorruptionsinfrastruktur geschaffen, die ohne Analogien ist in Europa und vielleicht in der ganzen Welt«. Im Korruptionsrating der Organisation Transparency International aber lag die Ukraine im Jahr 2022 auf Platz 116 zwischen Sambia und Angola.

Neoliberale Kolonie

Bislang steht der »Wiederaufbau«-Rummel in Sachen Ukraine im umgekehrten Verhältnis zu den bescheidenen militärischen Erfolgen des von NATO-Staaten hochgerüsteten Kiewer Regimes. Nach Berechnungen der Weltbank erfordert der Wiederaufbau in der Ukraine ausgehend vom jetzigen Stand ein Finanzvolumen von 411 Milliarden US-Dollar.

Auf einer »Ukraine Recovery Conference« in London im Juni kündigte der britische Premierminister Rishi Sunak an, private Investitionen in der Ukraine mit staatlichen Garantien abzusichern. Zuvor hatte die US-Handelskammer im April ein amerikanisch-ukrainisches Partnerschaftsforum organisiert. Daran waren mehrere US-Ministerien beteiligt. Vertreten war dabei auch die für »Entwicklungshilfe« zuständige Behörde USAID. Unter der Flagge des Humanitären propagiert USAID einen Umbau der Ukraine nach dem Konzept des US-Kapitalismus. So fordert die Agentur, in der einstigen Sowjetrepublik »die Macht der Gewerkschaften zu deregulieren« und eine »Modernisierung des Arbeitsrechts« durchzusetzen, eine Formulierung, hinter der sich der Abbau von Arbeiterrechten verbirgt.

In diesem Sinne verspricht Blackrock-Boss Fink im Chor mit Selenskij eine »neue Ukraine«. Gelänge ihr Plan, dann wäre das Land eine neoliberale Kolonie am Gängelband des US-Finanzkapitals, koordiniert vom Biden-Clan. Der kontrolliert die Demokratische Partei der USA auf eine Weise, die kongenial zu Praktiken postsowjetischer Länder wie der Ukraine passt.